



Foto: Christine Lieberknecht

Als eine Autorin des „Weimarer Briefes“ und erste CDU-Ministerpräsidentin schildert Christine Lieberknecht ihre Eindrücke aus der Wendezeit und dem politischen Aufbau des Landes Thüringen mit Fokus auf die Frauen.

Auf klarem Wertefundament – Dranbleiben

Am 9. November 1989 war ich in Berlin. Am Nachmittag wurde in den Redaktionsräumen der damaligen Ost-CDU-Zeitung „Neue Zeit“ der erste nichtsozialistische Jugendverband, die Christlich Demokratische Jugend (CDJ) gegründet. Ich gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Am Abend dieses Tages war ich dann mit einer Reihe von Freunden im Französischen Dom zum ersten Reformkongress der damaligen Ost-CDU, vorbereitet von der Basis.

In meiner Rede an diesem Abend forderte ich u.a. die Wiedereinführung der deutschen Länder auf dem Gebiet der DDR, die die SED-Führung 1952 zerschlagen hatte. Mit dem „Weimarer Brief“ hatte ich gemeinsam mit meinen Mitautoren bereits zuvor u.a.

- demokratische Wahlen, die „dem Wählerwillen uneingeschränkt und glaubhaft Ausdruck“ verleihen,
- eine Medienpolitik, die „nicht auf Verschweigen, Verdrängen und Beschönigen setzt“
- eine Überprüfung der Geheimhaltungsvorschriften „auf das nötige Minimum“
- Strukturen abzubauen, mit denen Menschen bevormundet werden
- und den Ausbau bestehender Reisemöglichkeiten gefordert.

Der „Wille der Mitglieder müsse unbedingten Vorrang“ haben und die Partei sich von dem durch die SED vorgegebenen „Prinzip des demokratischen Zentralismus“ verabschieden und sich auf ihre demokratischen Wurzeln aus der Gründungszeit besinnen.

Das Datum der Veröffentlichung unserer Forderungen war der 10. September 1989. Es war der gleiche Tag, an

dem sich in der DDR das Neue Forum gegründet hatte. Am Abend dieses Tages öffnete Ungarn dauerhaft für Tausende DDR-Flüchtlinge seine Grenze nach Österreich. Die CDU unter Helmut Kohl im Westen hatte sich in diesen Tagen zu ihrem 37. Bundesparteitag in Bremen versammelt. Aber das interessierte uns damals kaum.

Spätestens mit unserer letztgenannten Forderung des „Weimarer Briefes“ nach Abschaffung des „demokratischen Zentralismus“ hatten wir an den Grundfesten des sozialistischen DDR-Staates gerüttelt. Entsprechend heftig waren die Reaktionen der Parteioberen der CDU, ebenso wie die der SED-Machthaber und, wie wir inzwischen durch Akteneinsicht wissen, auch der Staatssicherheit.

Spezielle frauenpolitische Forderungen hatten wir in unseren Reformbrief nicht aufgenommen. Vielleicht war uns das auch deshalb nicht in den Sinn gekommen, da wir Briefschreiber und –schreiberinnen es als völlig selbstverständlich ansahen, dass wir in der Gemeinschaft mit Dr. Gottfried Müller, damals Chefredakteur der Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“, und Oberkirchenrat Martin Kirchner als den beiden Männern sowie den beiden Frauen, Rechtsanwältin Martina Huhn und mir, komplett paritätisch besetzt waren; ein Umstand, der sich später für mich nur noch im Amt der Präsidentin des Thüringer Landtages mit einem komplett weiblich besetzten Präsidium übertreffen ließ.

Doch zunächst zurück zu unserer CDU-Reformveranstaltung an jenem denkwürdigen 9. November 1989 im Französischen Dom mitten in Berlin.

Dass zur gleichen Zeit, in der wir hinter den Kirchenmauern heiß diskutierten und sich nach dem Sturz des



Foto: KAS-Archiv

früheren SED-geleiteten und absolut hörigen Parteivorsitzenden der Ost-CDU, Gerald Götting, erstmals der designierte neue Vorsitzende Lothar de Maiziere einer größeren Öffentlichkeit vorstellte, draußen nur wenige hundert Meter entfernt die Berliner Mauer fiel, konnte ich in diesem Moment nicht wirklich glauben. So fuhr ich nach Ende der Veranstaltung mit dem Nachtzug ab Berlin-Lichtenberg gemeinsam mit einem CDU-Freund aus Südthüringen, dem späteren Landrat von Schmalkalden-Meinungen) nach Hause ins Weimarer Land. Dort am frühen Morgen angekommen, bestürmte mich mein Mann mit der nunmehr definitiven Nachricht der offenen Grenzen. Es stimmte also doch.

Mit dem Fall der Mauer war klar, dass die DDR als eigenständiger Staat nicht mehr zu halten sein würde. Unabhängig von dieser Einschätzung stand für mich von Anfang an außer Frage, dass christlich-demokratische Politik bei einem so grundlegenden Umbau der Gesellschaft, wie wir ihn auf dem Gebiet der DDR vor uns hatten, ein verlässliches und von klaren christlichen Grundwerten getragenes Wertefundament benötigen würde. Mit großem Interesse las ich u.a. die auf dem Essener CDU-Bundesparteitag 1985 beschlossenen Leitsätze der CDU für eine „Neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“. Sie übten auf mich eine große Anziehungskraft aus und forderten zur Tat heraus.

Gemeinsam mit der aus dem Demokratischen Aufbruch inzwischen zur CDU gekommenen damaligen Landtagskandidatin Johanna Arenhövel verfasste ich im September 1990 den Aufruf zur Gründung der Thüringer Frau-

en Union. Wir waren überzeugt davon, dass „dieses Land uns braucht, damit wir mithelfen, die geistige Leere zu überwinden, und damit wir unseren Geist, unser Herz und unseren Verstand einbringen in die Architektur der Demokratie“. So formulierten wir in unserem Aufruf, und weiter hieß es: „Wir wollen dafür eintreten, dass sich die Situation der Frauen verbessert, ganz gleich, ob in der Familie, Beruf oder Politik.“

Mit Genugtuung können wir nun im 30. Jahr seit der Gründung unseres Thüringer Landesverbandes auf manches Erreichte zurückschauen. In den Zeiten des Umbruchs und Neuanfangs haben wir Entscheidungen getroffen, auf die wir in späteren Jahren gut aufbauen und Früchte ernten konnten. Als Thüringer Ministerin, als Präsidentin des Thüringer Landtages, als Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, als CDU-Landesvorsitzende und erste CDU-Ministerpräsidentin habe ich versucht, ein Beispiel dafür zu geben, wie Frauen in Führungsfunktionen für andere, vor allem auch junge Frauen, Vorbild sein können. Mein Einsatz für die Förderung aktiver Gleichstellung von Frauen und Männern durch Gesetzgebung, wie auch in der praktischen Politik, waren mir selbstverständlich. Denn, so meine Erfahrung, die auch ich sehr schnell in den ersten Aufbaujahren unseres jungen Thüringer Landes machte: „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts“, (Simone de Beauvoir).

In diesem Sinne heißt es auch in Zukunft – „Dranbleiben“!

Christine Lieberknecht MdL